

Wahlprogramm der JUSO Stadt Bern für die Stadtratswahlen 2024

Als Jungsozialist*innen (JUSO) setzen wir uns für eine gerechte Gesellschaft ein, die nicht von Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung, sondern von Sicherheit, Teilhabe und Freiheit für alle geprägt ist. Wir wollen mit ungerechten Systemen wie dem Kapitalismus und dem Patriarchat brechen und streben deshalb eine ökosozialistische und queerfeministische Welt an.

Dafür engagieren wir uns auf allen möglichen Ebenen. So kämpfen wir für eine Stadt Bern, die für alle lebenswert, sicher und zugänglich ist. Um diese Ziele zu erreichen, muss unsere linke Stadt mit all ihren Mitteln versuchen, eine ernsthafte Gegenmacht zum aktuellen System zu werden. Als JUSO sind wir seit mehreren Jahren die konsequente linke Stimme im Stadtrat, welche der Stadtregierung auf die Finger schaut und sie bei Missständen kritisiert. Dieses Jahr kandidieren wir erneut für die Stadtratswahlen mit dem Slogan:

Links, radikal und konsequent – auch im Parlament!

Im Rahmen dieses Wahlprogramms erklären wir, welche Visionen und Forderungen hinter diesem Slogan und unserer täglichen politischen Arbeit als JUSO Stadt Bern stecken.

Inhaltsverzeichnis:

Sozialpolitik	2
Wohnpolitik.....	2
Die Stadt Bern als aktive Akteurin in der Armuts- und Ausbeutungsbekämpfung	3
Sicherheit und Antirepression	4
Weg mit der Kantonspolizei – her mit der Ombudsstelle!	4
Sicherheit für alle – auch vor der Polizei!	4
Bildung, Prävention, Dialog und Partizipation statt Repression!.....	5
Finanz- und Wirtschaftspolitik	6
Queerfeminismus	8
Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit.....	8
Gesundheitspolitik.....	8
Familienpolitik	8
Öffentlicher Raum	9
Kultur	9
Antirassismus	10
Berns Koloniale Geschichte.....	10
Prävention	10
Raumplanung.....	11
Klima	12
Klimaneutralität	12
Energie	12
Mobilität	13
Stadtklima.....	13

Sozialpolitik

Auch in der Stadt Bern leben wir in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Eine der Notwendigkeiten für das Funktionieren dieses ausbeuterischen und ungerechten Systems ist die ökonomische Ungleichheit und somit auch die Armut. Die Kapitalist*innen brauchen die Drohung der Armut, um die arbeitende Bevölkerung zu disziplinieren und möglichst stark ausbeuten zu können. Dabei gibt es zudem Bevölkerungsgruppen, die aufgrund systematischer (beispielsweise patriarchaler, ableistischer oder rassistischer) Unterdrückung diskriminiert und dadurch noch mehr ausgebeutet werden und armutsgefährdeter sind.

Ein zentraler Punkt linker Kommunalpolitik muss es sein, diesen Auswirkungen des Kapitalismus entgegenzuwirken und dafür zu sorgen, dass die lokale Bevölkerung Instrumente erhält, um sich gegen die Ausbeutung wehren und möglichst frei entfalten zu können. Dazu gehören gute und von der Stadt kontrollierte Arbeitsbedingungen, Unterstützungsangebote und auch Präventions- und Sozialarbeit. In der Stadt Bern existieren im Schweizer Vergleich relativ viele Angebote für ihre Bewohner*innen, wobei diese in den letzten Jahren aufgrund der steigenden Nachfrage und des Kostendrucks oft an die Belastungsgrenzen gerieten und auch heute nicht ausreichend sind. Nach über 30 Jahren einer mehr oder weniger linken Mehrheit in der Berner Politik erhoffen wir uns mehr. Es braucht mehr finanzielle Ressourcen für die städtische Sozialpolitik. Die Stadt Bern muss eine aktivere Akteurin gegen Unterdrückung und Ausbeutung werden!

Wohnpolitik

Angemessener Wohnraum ist ein Menschenrecht. Unser System wird diesem Umstand jedoch nicht gerecht. Wohnraum wird als Ware angesehen, die auf dem Markt analog anderer Waren frei ausgetauscht wird. Das Problem hierbei ist, dass auf dem Wohnungsmarkt die Anbieter*innen die klare Oberhand haben, da die Nachfrager*innen grösstenteils Mieter*innen sind, die nicht einfach frei entscheiden können, keinen Wohnraum zu konsumieren. So können Immobilienbesitzer*innen die Mietpreise in die Höhe explodieren lassen, was einen beträchtlichen Teil der Haushaltseinkommen der Arbeiter*innen in der Stadt Bern frisst.

In den letzten Jahren hat die Stadt Bern eine aktivere Wohnpolitik geführt, die vermehrt auf den Kauf bestehender Wohnungen und den Bau neuer Wohngebäuden ausgerichtet ist, um sie der Spekulation zu entziehen. Die Richtung stimmt, doch trotzdem läuft in diesem Bereich zu wenig, da die Gebäude oft zu teuer gekauft werden oder der Anteil günstiger Wohnungen bei Neubauten zu niedrig ist. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Wohnpolitik sind die Zinsanpassungen. Theoretisch existiert im Schweizer Gesetz die Kostenmiete (die Miete soll so hoch sein, wie die Unterhaltskosten) mit einer fixen Rendite für die Vermieter*innen. Diese wird jedoch nicht konsequent umgesetzt: Die Miete wird grösstenteils nur bei Zinserhöhungen erhöht, bei Zinssenkungen jedoch nicht gesenkt. Die Mieter*innen hätten theoretisch die Möglichkeit, diesen Missstand gerichtlich anzufechten. Dies wird aber nur selten gemacht, da sich das Verhältnis zu Vermieter*innen verschlechtern könnte oder weil die Vormiete gar nicht bekannt ist. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Mietpreiskontrollen durch die Stadt Bern zur Einhaltung des Bundesrechts bezüglich Vormiete oder Zinsanpassungen oder mindestens eine öffentlich abrufbare Datenbank mit Vormietpreisen;
- Das *Housing First* – Prinzip zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit in der Stadt Bern;
- Ein Vorkaufsrecht bei Gebäuden und Kauf zu besseren Bedingungen für die Stadt Bern;
- Die aktive Förderung von Wohngemeinschaften und anderen Wohnformen für Jugendliche;

- Vermietungen bei städtischen Neubauten nur zu Kostenmiete;
- Die Lockerung der zu erfüllenden Vergabekriterien für günstigen Wohnraum;
- Die Förderung basisdemokratischer Wohn- und Baugenossenschaften.

Die Stadt Bern als aktive Akteurin in der Armuts- und Ausbeutungsbekämpfung

Nicht nur Wohnkosten, sondern auch Krankenkassenprämien und weitere Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren zu einer grösseren Belastung für die Arbeiter*innen geworden. Die Stadt Bern soll eine aktivere Rolle in der Bekämpfung der daraus resultierenden Armut einnehmen, indem sie neue Angebote zur finanziellen Entlastung ihrer Bevölkerung ergreift. Die österreichische Stadt Graz geht dabei beispielsweise mit einem guten Beispiel voran: der *SocialCard*. Diese Karte soll es Personen mit geringem Einkommen ermöglichen, von verschiedenen Vergünstigungen, Gebührenbefreiungen und Zuschüssen zu profitieren. Um Stigmatisierung zu vermeiden, könnte diese Karte auch mit der *CityCard* (siehe Kapitel "Sicherheit und Antirepression") verbunden werden. Einen ähnlichen Effekt hätten dazu auch andere Angebote neben individueller Unterstützung der Ärmsten wie beispielsweise kostenlose Mahlzeiten an allen Berner Bildungsinstitutionen.

Insbesondere Menschen in der Ausbildung befinden sich in finanziell prekären Situationen. So ist zum Beispiel Lohnarbeit neben dem Studium für viele Student*innen nötig, um sich das Leben leisten zu können. Diese zusätzliche Belastung kann sich verheerend auf das Studium auswirken, welches bereits viel Zeit und Energie in Anspruch nimmt. Mit der Berufsschule sind auch Lernende in einer ähnlichen Situation, wobei Lohnarbeit in ihre Ausbildung eingebaut ist. Dennoch sind sie oft mit unzureichender Vergütung konfrontiert, obwohl sie ein integraler Bestandteil der Arbeitswelt sind und Mehrwert für ihre Betriebe schaffen. Auch die Arbeitsbedingungen und insbesondere die Löhne für Praktika, ob mit oder ohne Ausbildungscharakter, sind oft unzufriedenstellend. Die Stadt Bern muss als Vorbild in diesem Bereich fungieren und dafür sorgen, dass Menschen in Ausbildung ohne finanzielle Sorgen leben können.

Allgemein sind faire Arbeitsbedingungen ein Grundpfeiler für ein gerechtes und humanes Arbeitsumfeld. Dennoch kommt es immer wieder zu Verstössen gegen Arbeitsrechte, insbesondere in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Arbeiter*innen brauchen eine niederschwellige Möglichkeit, um Missstände am Arbeitsplatz melden zu können. Dazu muss die Stadt Bern ein Arbeitsinspektorat einrichten, welches das Einhalten gesetzlicher Arbeitsbedingungen in Betrieben auf dem Stadtgebiet stichprobenartig und aktiv kontrolliert.

Um Armut und Ausbeutung konsequent beseitigen zu können, müssen wir den Kapitalismus überwinden und eine Planwirtschaft unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter*innenklasse einrichten. Dennoch müssen wir auch jetzt alles Mögliche tun, um Ausbeutung zu vermindern und Armut zu bekämpfen und fordern deshalb als JUSO:

- Die Einführung einer *SocialCard* in Bern zur Unterstützung ärmerer Haushalte;
- Kostenloses Mittagessen an allen Berner Bildungsinstitutionen;
- Ein Grundeinkommen für Student*innen an Berner Universitäten und Hochschulen;
- Einen städtischen Mindestlohn für Lernende und Praktikant*innen, der grundlegende Lebenshaltungskosten deckt und so die finanzielle Abhängigkeit von Eltern oder der Sozialhilfe minimiert;
- Die Einschliessung des Zweiten Arbeitsmarktes bei einem allfälligen städtischen Mindestlohn;
- Die Erhöhung finanzieller und personeller Ressourcen städtischer Fach- und Meldestellen;

- Eine anonyme Meldestelle, ausgestattet mit ausreichenden finanziellen Mitteln, für unzureichende Arbeitsstandards in den Betrieben;
- Ein städtisches Arbeitsinspektorat zur Kontrolle der Einhaltung von Arbeitsbedingungen.

Sicherheit und Antirepression

Alle Menschen sollen in der Stadt Bern sicher sein und sich sicher fühlen können – sicher vor jeglicher Art der Diskriminierung, sicher dass sie ihre Rechte wahrnehmen können und dass ihre Stimme gehört wird – sicher vor polizeilichen Übergriffen und Fehlverhalten. Für die JUSO ist klar, eine aktive, progressive Sicherheitspolitik umfasst *mehr als die Polizei*: es geht um Bildung, Prävention, Partizipation, das Schaffen von Freiräumen und vieles mehr. Wir brauchen eine Sicherheitspolitik, die Repression ablehnt und auf Dialog setzt. Eine Sicherheitspolitik, welche die Polizeiarbeit kritisch betrachtet und kontrolliert und alternative Strukturen aufbaut.

Weg mit der Kantonspolizei – her mit der Ombudsstelle!

Die Stadt Bern hat als Gemeinde die politische Verantwortung für die Polizei und ihre Einsätze auf dem Stadtgebiet – alle polizeilichen Leistungen kauft sie jedoch beim bürgerlichen Kanton Bern ein. Die operative Zuständigkeit liegt allein bei der Kantonspolizei. Die letzten Jahre haben klar gezeigt: Dieses System funktioniert nicht. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung der linken Stadt Bern ist mit der Arbeit der Kantonspolizei nicht zufrieden. Seitens der Polizei kommt es immer wieder zu eskalativem Verhalten, Machtdemonstration und Repression, sowie einer gefährlichen Verharmlosung von Racial Profiling. Vorfälle werden aufgrund der fehlenden Zuständigkeit nicht richtig aufgearbeitet, Fragen dazu werden nicht beantwortet und es fehlen die Konsequenzen!

Es ist höchste Zeit für die Einrichtung einer Ombudsstelle für polizeiliches Fehlverhalten und Übergriffe. Ausserdem muss die Stadt Bern ihre politische Verantwortung durch die Wiedereinführung einer möglichst demokratisch ausgestalteten und kontrollierten Stadtpolizei wieder wahrnehmen können. Solange dies nicht vom Kanton erlaubt wird, soll die Stadt Bern den Einkauf polizeilicher Leistungen auf das gesetzliche Minimum reduzieren und wo sonst nötig, alternative, nicht-repressive Sicherheitsstrukturen einsetzen. Dies kann jedoch nur eine kurzfristige Massnahme auf dem Weg zum Ersetzen der Polizei sein, die hauptsächlich zum Schutz von Privateigentum, dem höchsten Recht einer kapitalistischen Gesellschaft, existiert. Es braucht alternative, nicht-repressive Sicherheitsstrukturen sowie eine Bekämpfung der materiellen Ursachen von Kriminalität statt Repression, Gewalt, Bestrafung und Einschüchterung.

Sicherheit für alle – auch vor der Polizei!

In der Stadt Bern sollen sich alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sexualität oder Aufenthaltsstatus sicher fühlen können. Viele Menschen fühlen sich gerade aufgrund der polizeilichen Präsenz unsicher – die Polizei ist eine historisch rassistische, sexistische, klassistische, ableistische und queerfeindliche Institution. Die Stadt Bern muss genau für jene Menschen aktiv werden! Bei der Polizei muss sowohl in der Grundausbildung als auch fortlaufend antirassistische Bildungsarbeit betrieben und aktiv gegen Racial-Profiling vorgegangen werden. Die JUSO setzt sich ausserdem dafür ein, dass die Polizei bei jeder Polizeikontrolle eine Quittung ausstellen muss.

Um die Ausgrenzung durch und Diskriminierung bei Polizeikontrollen zu bekämpfen, soll die Stadt sich weiterhin für die schnelle Einführung einer *CityCard* einsetzen. Bei einer solchen *CityCard* handelt es sich um eine Identifikationsmöglichkeit, die auch von Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus (*Sans-Papiers*) ohne Angst vor Abschiebung genutzt werden kann. Ähnlich wie in Zürich soll die *CityCard* Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und städtischen Dienstleistungen sicherstellen. Für die JUSO ist es insbesondere wichtig, dass dieses Dokument auch vonseiten der Kantonspolizei anerkannt wird.

Bildung, Prävention, Dialog und Partizipation statt Repression!

Die JUSO lehnt repressive staatliche (polizeiliche) Massnahmen als nicht zielführend ab. Wir sind der Überzeugung, dass der vermehrte Einsatz von aufsuchenden Sozialarbeiter*innen viele Brennpunkte und Konflikte besser lösen als die Präsenz von uniformierten und bewaffneten Polizist*innen. Es sollen vermehrt nicht-repressive Massnahmen ins Zentrum gestellt werden: Dazu gehört auch der sofortige Austritt aus dem Verein CasaBlanca, welcher als Vereinsziel unter anderem die vermehrte Repression von Sprayer*innen hat. Auch Massnahmen wie die Videoüberwachung, die nachweislich nur der Repression dienen, lehnt die JUSO klar ab. Bei Besetzungen soll auf Dialog mit den Besetzer*innen und die Suche von Möglichkeiten für Zwischennutzung oder langfristige Lösungen statt auf Repression gesetzt werden. Die Bewilligungspflicht für Demonstrationen ist eine repressive und völkerrechtlich gesehen kritische Massnahme, welche durch eine Anmelde-Regelung ersetzt werden muss.

Zusammenfassend fordern wir als JUSO:

- Eine unabhängige Beschwerdestelle für polizeiliches Fehlverhalten;
- Eine Begrenzung des Einkaufs polizeilicher Leistungen auf das gesetzliche Minimum;
- Kurzfristig die Wiedereinführung der Stadtpolizei; langfristig die Abschaffung der Polizei;
- Konkrete und wiederkehrende antirassistische Bildung auf allen Ebenen der Polizei;
- Ein Quittungssystem bei Polizeikontrollen;
- Die schnelle Einführung der *CityCard*;
- Den Vermehrten Einsatz von Sozialarbeiter*innen für deeskalierende Dialogarbeit;
- Eine Anmelde- statt Bewilligungsregelung für Demonstrationen.

Finanz- und Wirtschaftspolitik

In der Schweiz haben Gemeinden einen gewissen Spielraum, wenn es um ihre Finanzpolitik geht, wobei sie jedoch stärker als die Kantone oder der Bund eingeschränkt sind. In den letzten Jahren haben die Rechten in der Stadt Bern verstärkt Angstmacherei-Kampagnen durchgeführt, um ihre Sparfantasien beliebter zu machen. Dies entspricht dem typischen neoliberalen Teufelskreis: Zuerst werden die Staatsausgaben gekürzt, um Steuersenkungen (von denen vor allem die Reichsten profitieren) durchzuführen. Danach werden die staatlichen Angebote durch Unterfinanzierung als „ineffizient“ dargestellt. Diese angebliche „Ineffizienz“ wird dann als Grund für weiteres Sparen genutzt und das Ganze wiederholt sich. Diese sogenannte Austeritätspolitik schadet allen Arbeiter*innen und vor allem den zusätzlich systematisch Diskriminierten, die auf städtische Unterstützung und Schutz vor Unterdrückung und Überausbeutung angewiesen sind.

Der interkommunale Steuerwettbewerb nach unten, der in den letzten Jahrzehnten ein enormes Ausmass angenommen hat, trägt stark zu dieser Sparpolitik bei. Die Gemeinden senken bei guter Finanzlage ihre Steuern, um Reiche anzulocken und denken dabei oft nur an kurzfristige Einnahmen. Langfristig verlieren dabei jedoch alle Gemeinden an Einnahmen, da sie nur begrenzte steuerliche Autonomie haben. Am Ende sind die mit Abstand grössten Profiteur*innen die Reichsten, welche überall weniger Steuern zahlen müssen. Bei dieser Steuersenkungsorgie macht die Stadt Bern glücklicherweise nicht mit. Trotzdem ist sie weiterhin stark davon betroffen und auch linkere Stimmen äussern Angst vor Steuererhöhungen, weil Arbeitsplätze und Firmen verloren gehen würden. Als JUSO finden wir, dass wir uns insbesondere in einer linken Stadt nicht von Kapitalist*innen erpressen lassen dürfen. Stattdessen müssen wir eine mutige Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben, die alle Mittel nutzt, um eine Alternative anzubieten und sich dafür einsetzt, dass sie mehr finanzielle Mittel und Instrumente zur Verfügung erhält.

Die letzten Jahre zeigten, dass die Stadt Bern finanziell viel besser dasteht, als von bürgerlichen Medien, rechten Stimmen oder vom Gemeinderat behauptet wird. Trotzdem werden jährlich die Einnahmen viel zu konservativ geschätzt, um danach durch Drohungen von „zu grossen Defiziten“ die Verzögerung zahlreicher Investitionen zu legitimieren. In der Realität ist genau solche zurückhaltende Finanzpolitik absolut unverantwortlich. Erstens, weil die Einwohner*innen im Hier und Jetzt materielle Verbesserungen brauchen. Zweitens, weil mit der Zeit die Investitionen bzw. das Abfedern der Folgen fehlender Investitionen nur noch teurer werden. Zusammen mit dem Grünen Bündnis lancierten wir dieses Jahr die „Klimagerechtigkeitsinitiative“, welche dabei helfen soll, die nötigen Einnahmen für einen klimagerechten Umbau der Stadt Bern einzuholen. Das Geld für Investitionen muss nämlich eingeholt werden, ob durch Schulden (wobei hier der Kanton Bern ein schädliches Maximum aufzwingt) oder durch Steuererhöhungen, wobei vor allem der Steuerfuss für juristische Personen erhöht werden soll.

Um mehr Unabhängigkeit von der Privatwirtschaft zu gewinnen und uns so vor weiterer Erpressung zu schützen, muss die Stadt Bern ihren Einfluss in der städtischen Wirtschaft stärken. Nicht nur im ÖV oder der Energiewirtschaft, sondern auch in anderen Bereichen wie z.B. bei der Essensversorgung, in der Kinderbetreuung oder im Bau könnten städtische Betriebe eingesetzt werden anstatt des Outsourcings des Service Public. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft, zum Beispiel durch das Errichten von preisgünstigen städtischen Reparaturwerkstätten. Dazu gehört ausserdem, dass städtische Betriebe unter partizipative und demokratische Kontrolle ihrer Arbeiter*innen und der Stadtbevölkerung gestellt werden müssen. Anstatt dass der Gemeinderat alleine über den Einsatz von Führungspersonal oder die Strategie von städtischen Betrieben entscheidet, sollen die Arbeiter*innen und die Stadtbevölkerung in diesen Betrieben mehr Einfluss

erhalten. Die Angestellten sollen entscheiden können, in welche Richtung sich der Betrieb entwickeln soll und wer diesen leitet, solange dies den Vorgaben der Stadtbevölkerung entspricht.

Zur Ausweitung der Mitsprache der Stadtberner Bevölkerung in der Wirtschaft und bei den Finanzen gehört auch die Enteignung und Abschaffung der Bürgergemeinde. Ein Drittel des städtischen Grund und Bodens, zahlreiche Wälder, Immobilien sowie kulturelle Institutionen wurden 1852 durch eine Vereinbarung zwischen der Einwohner*innengemeinde und der Bürgergemeinde der Stadtbevölkerung ohne Gegenleistung entzogen. Diese Vermögenswerte müssen an die Einwohner*innengemeinde Bern rückgeführt und dadurch der demokratischen Kontrolle der Stadtbevölkerung unterstellt werden. Die Bürgergemeinde, welche sich heute als Stiftung für das Allgemeinwohl inszeniert, gehört als undemokratische und privilegierte Machtinstitution schon lange aufgelöst.

Als JUSO kämpfen wir für eine sozialistische Welt, in der die gesamte Wirtschaft den Arbeiter*innen statt dem Kapital gehört, und setzen uns auch in Bern für die Erreichung dieses Zieles ein!

Zusammenfassend fordern wir als JUSO:

- Keine weiteren Sparmassnahmen und die Annullierung der bereits durchgeführten;
- Eine aktivere Kooperation mit anderen Gemeinden in der Schweiz gegen weitere Steuersenkungen, bei denen langfristig alle Gemeinden verlieren;
- Eine mutige linke Finanzpolitik, welche sich von Bürgerlichen nicht einschüchtern lässt und die nötigen Investitionen so schnell wie möglich durchführt;
- Bei Bedarf für die Stadtfinanzen eine Steuererhöhung für juristische Personen;
- Unterstützung von genossenschaftlich und demokratisch geführten Betrieben;
- Die Erweiterung vom Einfluss der Stadt Bern in der Wirtschaft durch Gründung von neuen städtischen, partizipativen Betrieben statt Outsourcing;
- Eine Abschaffung beziehungsweise Lockerung der kantonalen Obergrenze für die Verschuldung von Berner Gemeinden;
- Die Demokratisierung aller städtischen Betriebe in Form der Übergabe der Kontrolle und Leitungswahl an Arbeiter*innen unter Einhaltung städtischer Vorgaben;
- Die Auflösung der Bürgergemeinde und Rückführung ihres Vermögens an die Einwohner*innengemeinde Bern.

Queerfeminismus

In unserer Gesellschaft werden nicht-männliche Personen und allgemein Menschen, welche nicht der engen patriarchalen Normvorstellung entsprechen, strukturell benachteiligt. Die Stadt Bern muss sich in all ihren Tätigkeiten konsequent für die Auflösung patriarchaler Machtverhältnisse und aller Unterdrückungssysteme einsetzen. Dabei muss sie auch eine intersektionale Perspektive einnehmen, um die verschiedenen Erscheinungsformen von Diskriminierung identifizieren und diese auch bei mehrfachem Vorhandensein effizient bekämpfen zu können. Durch die Wechselwirkung zwischen Unterdrückungssystemen untereinander und kapitalistischer Ausbeutung können diese nicht separat, sondern nur als Ganzes bekämpft werden.

Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit

Diskriminierende Verhaltensweisen und die ungleiche Verteilung von Macht sind keine Naturgesetze, sondern werden uns von klein auf beigebracht und stammen aus Unterdrückungssystemen, welche überwunden werden müssen. Es bedarf hierfür unter anderem der Vermittlung von antidiskriminierenden Inhalten beim Personal des öffentlichen Dienstes und im Bildungswesen, sowie mehr gesellschaftlicher Sensibilisierung. Die städtischen Dienstleistungen müssen ebenfalls entsprechend angepasst werden. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrpersonen, Gesundheitspersonal und Beamt*innen;
- Den Einsatz auf kantonaler Ebene dafür, dass solche Angebote auf Arbeitszeit besucht werden können;
- Jährliche Kampagnen von der Stadt Bern mit betroffenen Organisationen und Personen;
- Den Geschlechtseintrag bei städtischen Dokumenten zu streichen und wo relevant durch einen dritten zu ergänzen.

Gesundheitspolitik

Der gleiche Zugang zu Gesundheitsleistungen muss für alle gegeben sein. Insbesondere für Menschen mit tiefem Einkommen, ohne gesicherten Aufenthaltstitel und ohne Wohnadresse ist dies heute noch nicht der Fall. Zudem müssen die spezifischen medizinischen Anliegen von queeren Menschen, vor allem von trans Personen, explizit bedacht werden. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Einen kostenlosen stadtärztlichen Dienst mit tiefen bürokratischen Hürden, der insbesondere für Menschen ohne Aufenthaltstitel und FINTA-Personen zugänglich ist;
- Kostenloses STI-Testing und Impfungen für alle;
- Ein queerfeministisches Gesundheitszentrum mit entsprechend gestalteten Bildungsangeboten, Beratungen und medizinischen Leistungen;

Familienpolitik

Die Familienpolitik der Stadt Bern richtet sich bis anhin allein nach dem Modell einer monogamen, romantischen Zweierbeziehung mit Kindern, was der gelebten Vielfalt des Zusammenlebens nicht entspricht. Diverse Familienmodelle wie Wahlfamilien oder Zusammenschlüsse von Eltern, die in keiner romantischen Beziehung zueinander stehen, müssen endlich Anerkennung und rechtlichen Schutz erhalten und in allen Bereichen städtischer Politik mitgedacht werden. Unabhängig von der Beziehungsform leisten Frauen weiterhin den mit Abstand grössten Teil der Care-Arbeit und dies

meistens unter- oder unbezahlt. Care-Arbeit muss als gesellschaftliche Aufgabe verstanden werden! Deshalb fordern wir als JUSO:

- Bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum für alle Formen des Zusammenlebens;
- Die Berücksichtigung der Realitäten nicht-normativer Familien und nicht-monogamer Beziehungen bei familienpolitischen Massnahmen;
- Kostenlose städtische Kinderbetreuung für alle.

Öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum muss für alle zugänglich werden. Insbesondere die Bedürfnisse und das Sicherheitsgefühl von Frauen und queeren Menschen müssen hierbei berücksichtigt werden, denn patriarchale Gewalt im öffentlichen wie auch im privaten Raum ist leider immer noch eine bittere Realität. Diese Gewalt muss sowohl durch direkte Massnahmen wie auch durch zusätzliche Schutzräume bekämpft werden. Gleichzeitig fehlt es an Plätzen in Notschlafstellen und Frauenhäusern, die zudem unzureichend auf die Bedürfnisse von mehrfachdiskriminierten Menschen wie zum Beispiel migrantischen Queers ausgerichtet sind. Ebenfalls ist die Anzahl kostenloser öffentlicher Sanitäreinrichtungen ungenügend. Queere Jugendliche sind durch potenziell queerfeindliche Eltern und die Abhängigkeit zwischen ihrem Wohnraum und dem Verhältnis zu ihren Eltern einem höheren Risiko ausgesetzt, obdachlos zu werden. Die Stadt ist auch hier in der Pflicht, die nötige Infrastruktur und Ressourcen beispielsweise für Projekte wie die Pluto-Jugendnotschlafstelle bereitzustellen. Deswegen fordern wir als JUSO:

- Einen Ausbau kostenloser Sanitäreinrichtungen für alle im öffentlichen Raum sowie die Ausstattung dieser mit Hygiene- und Menstruationsprodukten;
- Eine städtische Jugendnotschlafstelle durch eine Lösungssuche mit Pluto;
- Die sofortige Umsetzung der im Stadtrat beschlossenen FINTA-Notschlafstelle;
- Einen Aktionsplan gegen Hate-Crime;
- Vermittlungen, Förderungen und Zugänglichmachen von Schutz- und Begegnungsräumen für queere und FINTA Geflüchtete.

Kultur

Die Stadt Bern schreibt in der Kulturstrategie 2017-2028, dass die Vielfalt unter den kulturellen Akteur*innen gefördert werden soll. Geschlecht wird als Faktor betont, doch es fehlen genügend griffige Massnahmen bezüglich queeren Menschen. Finanzielle und administrative Unterstützungen müssen auch auf die Bedürfnisse von FINTA Kulturschaffenden ausgerichtet werden. Bereits existierende Räume sollen zugänglich gestaltet und zusätzliche geschaffen werden, damit die queerfeministische Kultur in der Stadt Bern weiterhin einen Platz hat. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Von der Stadt Bern unterstützte oder geförderte Kulturinstitutionen sollen Rechenschaft darüber ablegen, inwiefern sie FINTA Personen fördern und Hürden abbauen;
- Massnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Sexualität und Geschlecht im Kulturbereich, die zusammen mit Kulturinstitutionen erarbeitet werden;
- Antidiskriminierungsmassnahmen und Schutzräume im Ausgang sowie die Schaffung zusätzlicher sicherer Ausgangsorte;
- Die Förderung der Errichtung von queerfeministischen Begegnungsorten in der Stadt Bern, ähnlich wie dies das Regenbogenhaus oder das Streikhaus in Zürich bieten.

Antirassismus

Die Stadt Bern hat eine Verantwortung, für **alle** ihre Bewohner*innen zu sorgen. Doch in ihren Institutionen und in der Öffentlichkeit reproduzieren sich Unterdrückung, Machtverhältnisse und Rassismus. Angebote und Massnahmen zum Thema Antirassismus wie die städtische Aktionswoche oder die verschiedenen Anlaufstellen begrüssen wir. Insgesamt sind die auf städtischer Ebene getroffenen Massnahmen jedoch ungenügend. Unterdrückungsstrukturen müssen noch stärker aufgearbeitet und dekonstruiert werden und rassistischen Denkmustern muss präventiv entgegengewirkt werden. Die kulturelle Vielfalt innerhalb der Stadt Bern stellt eine Chance für zukünftige Generationen dar. Anstatt auf ihrer vermeintlich glorreichen Vergangenheit aufbauen zu wollen, muss die Stadt Bern diese Chance nutzen.

Berns Koloniale Geschichte

Die Stadt Bern hat sich während der kolonialen Zeit an den Kolonien anderer Länder bereichert. Der Reichtum der Burgergemeinde zum Beispiel, welche zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus den Berner Patrizierfamilien entstand, hat eine starke Verankerung im Kolonialismus. Die Zunft “zum Mohren”, die zu den burgerlichen Gesellschaften und Zünften der Stadt Bern gehört, ist allein namentlich und symbolisch klar mit kolonialen Überausbeutungsstrukturen verwoben. Besagte Zunft investierte aber auch beträchtliche Summen in die britische Südseekompanie.

Die koloniale Zeit findet sich auch in der materiellen Kultur wieder. Während *weisse* Menschen dies ignorieren können, wird der gesellschaftliche Diskurs dadurch beeinflusst und es reproduzieren sich die Machtverhältnisse und die Unterdrückung rassifizierter Menschen, welche sich dadurch unweigerlich damit konfrontiert sehen. Die Stadt Bern muss ihre koloniale Vergangenheit gemeinsam mit Historiker*innen aufarbeiten. Das heisst konkret, dass auf kolonialer Ausbeutung basierende Museumsammlungen, problematische Statuen und weitere mit der Kolonialisierung verbundene künstlerische Werke nicht mehr unkommentiert an die Öffentlichkeit gelangen dürfen. Insgesamt soll über solche historische Werke eine fundierte öffentliche Debatte unter dem Blickwinkel des Postkolonialismus und seiner Theorien geführt werden können. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berns und der Burgergemeinde in Zusammenarbeit mit Historiker*innen;
- Die Schaffung und Förderung von externen Bildungsangeboten für Schulen zur kolonialen Vergangenheit der Schweiz und Bern;
- Die Revidierung von Strassennamen und die Anbringung öffentlicher Hinweisschilder- oder Tafeln an stark durch die Kolonialisierung geprägten Stätten und Denkmälern.

Prävention

Die Festigung und Verbreitung rassistischer Denkmuster und Strukturen beginnt leider oft im schulischen Umfeld, obwohl dieses ein sicherer Raum sein sollte. Sehr früh sollten daher die strukturelle Diskriminierung und die einzelnen rassistische Handlungen von Schüler*innen und Lehrpersonen thematisiert und bekämpft werden. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Die Förderung und Vermittlung antirassistischer Bildungsprogramme an Schulen;
- Den Einsatz auf kantonaler Ebene für obligatorische Ausbildungsangebote für alle Lehrpersonen zum Thema Antirassismus, welche kostenlos und auf Arbeitszeit besucht werden können.

Raumplanung

Die Berner Zentren werden - wie es bei vielen anderen Städten auch der Fall ist - zunehmend gentrifiziert. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund und tiefen Einkommen werden an den Stadtrand oder in schlecht zugängliche Quartiere verdrängt. Sie haben somit weniger Zugang zum Stadtleben und werden dazu gezwungen, sich in eigenen Gemeinschaften zu organisieren, statt in durchmischten sozialen Strukturen aufgefangen werden zu können. Die Stadt wirkt der Überbrückung dieser Kluft trotz gutem Willen zu wenig entgegen.

Migrantische Personen im Allgemeinen und insbesondere geflüchtete Menschen sowie Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus sind in überdurchschnittlichem Mass von Armut und unsicheren Lebensumständen betroffen. Die Stadt Bern muss durch gezielte Förderung zu einer Verbesserung der Chancen dieser Bevölkerungsgruppen, in der Gesellschaft gleichwertig aufgenommen werden zu können, beitragen.

Der Umgang der Stadt mit ihrer rassifzierten Bevölkerung ist immer noch problematisch. Vor allem die repressiven Strukturen der Polizei, bei welcher *Racial Profiling* ein weiterhin bestehendes Problem darstellt, führen dazu, dass sich rassifizierte Personen im öffentlichen Raum weniger sicher fühlen (siehe auch Kapitel "Sicherheit und Antirepression"). Es reicht aus, nicht-*weiss* zu sein, um zum Beispiel bei Personenkontrollen oder bei der Wohnungssuche diskriminiert zu werden. Dies muss niederschwellig gemeldet werden können und Konsequenzen nach sich ziehen. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Die Schaffung zusätzlichen bezahlbaren Wohnraums in allen Quartieren der Stadt Bern;
- Mehr Ressourcen für die Fachstellen der Stadt Bern und breite Kampagnen, welche die gesamte Bevölkerung erreichen und einschliessen;
- Eine verstärkte und positive Präsenz der Stadt ausserhalb der Zentren, zum Beispiel durch mehr Anlaufstellen und soziale Dienste vor Ort;
- Die Förderung von migrantischen und von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel durch Ermässigungen oder Kostenübernahmen bei schulischen Ausflügen;
- Die Organisation von multikulturellen Events zur Förderung vielfältigen Austausches und die Schaffung eines Hauses der transkulturellen Begegnung;
- Die Schaffung zusätzlicher Stellen, die zwischen der Stadt und der migrantischen oder nicht-deutschsprachigen Bevölkerung vermitteln können.

Klima

Dass die Klimakrise längst da ist, spüren wir immer deutlicher. Zunehmend viele Extremwetterereignisse in der Schweiz und auf der ganzen Welt, immer neue Temperaturrekorde und ein zunehmender Biodiversitätsverlust – die Folgen sind vielfältig und global. Es ist klar: So darf es nicht weitergehen, denn wir steuern immer direkter auf eine katastrophale Zukunft zu, geprägt von Hunger, Ressourcenkonflikten und zunehmender sozialer Ungleichheit.

Anstatt Scheinlösungen vorzuschieben, wie dies im Moment in der Schweiz aber auch global geschieht, müssen wir uns für einen grundlegenden Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft einsetzen. Der Kapitalismus, dessen Logiken und Mechanismen für die Klimakrise verantwortlich sind, muss durch eine ökosozialistische Planwirtschaft ersetzt werden. Dieser Wandel muss zudem weltweit vonstatten gehen – denn die Klimakrise ist eine globale Krise.

Nichtsdestotrotz hat auch die Stadt Bern einen Handlungsspielraum bei der Bekämpfung der Klimakrise, welchen sie voll ausschöpfen muss – die Zeit drängt. Wichtig ist hierbei, dass der Klimaschutz möglichst effektiv und sozial gerecht erfolgt. Für Klimaschutzmassnahmen aufkommen müssen in jedem Fall diejenigen, die vom System profitieren, welches die Klimakrise verursacht hat: Grosskonzerne und Superreiche, wie beispielsweise durch die "Initiative für eine Zukunft" der JUSO Schweiz gefordert wird, indem eine Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50% ab einem Betrag von 50 Millionen Franken eingeführt werden soll.

Klimaneutralität

Laut dem städtischen Klimareglement sollen bis spätestens 2045 weniger Treibhausgase freigesetzt als gebunden werden. Einerseits ist dieses Ziel krass ungenügend, andererseits wird es die Stadt Bern mit ihrer bisherigen Strategie nicht erreichen. Wenn die Stadt Bern die 1.5-Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens wirklich einhalten will, muss sie bis 2030, allerspätestens aber bis 2035 klimaneutral sein¹. Um dieses nicht-diskutierbare Ziel zu erreichen, sind sozial gerecht finanzierte Lösungen in den Bereichen Energie, Mobilität und Wirtschaft erforderlich. Auf neoliberale Scheinlösungen wie den Emissionshandel muss hierbei unbedingt verzichtet werden. Deshalb fordern wir als JUSO:

- So nah an Netto-Null bis 2030 wie machbar, spätestens bis 2035 inklusive Absenkpfad;
- Ein konkreter, möglichst partizipativer Plan zur Umsetzung des Absenkpfads.

Energie

Um den Energieverbrauch der Stadt Bern zu senken, müssen konsequente bauliche Massnahmen wie verbesserte Isolierung bei Gebäuden oder die Installation von Solarpanels umgesetzt werden. Die Kosten für Sanierungen von Wohngebäuden dürfen jedoch nicht durch Mieterhöhungen auf Mieter*innen abgewälzt werden, sondern sollen von den Vermieter*innen getragen werden. Insgesamt gehören erneuerbare Energien auf dem Stadtgebiet maximal ausgebaut. Im Zweifelsfall sollten Denkmalschutzbestimmungen zugunsten energietechnisch wichtiger Baumassnahmen gelockert werden.

Der städtische Energie- und Wasserkonzern EWB spielt in vielerlei Hinsicht eine wichtige Rolle bei der Energiewende in der Stadt Bern. Die Anstalt des öffentlichen Rechts, die sich bereits im Besitz

¹ Bei einem linearen Absenkpfad muss die ganze Welt bis 2035 klimaneutral sein, um das vom IPCC errechnete „Schlussbudget“ an Treibhausgasen von 420 Gt CO₂eq nicht zu überschreiten.

der Stadt Bern befindet, muss komplett demokratisiert werden. Ausserdem müssen die Gewinne der EWB konsequent abgeschöpft und für Klimaschutzmassnahmen eingesetzt werden. Wie vom Klimastreik gefordert, muss sich die EWB zudem öffentlich und auch innerhalb des Gasverbundes Mittelland (GVM), dessen Aktionärin sie ist, gegen den geplanten Bau eines Flüssiggasterminals in Schweizerhalle positionieren. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Die konsequente Umsetzung baulicher Massnahmen zur Eindämmung des Energieverbrauchs innerhalb der Stadtgrenzen;
- Die Übernahme der Sanierungskosten für Wohngebäude durch Vermieter*innen;
- Den Ausbau erneuerbarer Energien, vor allem von Solarenergie und Fernwärme;
- Die Allfällige Lockerung von Denkmalschutzbestimmungen zugunsten energietechnisch wichtiger Baumassnahmen;
- Die Deckelung der Strompreise innerhalb der Stadtgrenzen;
- Die Demokratisierung der EWB;
- Die Abschöpfung und Nutzung der Gewinne der EWB für sozial gerechten Klimaschutz;
- Den öffentlichen und GVM-internen Einsatz der EWB gegen das geplante Flüssiggasterminal in Schweizerhalle;
- Einen vollumfänglichen Erdgas-Ausstieg bis zum Jahr 2030;
- Einen sofortigen Stopp des weiteren Ausbaus des Gasnetzes.

Mobilität

(Umweltfreundliche) Mobilität darf kein Privileg sein! Um die Treibhausgasemissionen auf dem Gemeindegebiet zu senken, muss vor allem der motorisierte Individualverkehr drastisch reduziert werden. Um trotzdem die flexible, zugängliche und sichere Mobilität in der Stadt Bern zu gewährleisten, sind unterschiedliche Massnahmen nötig. So müssen sichere Velo- aber auch Fusswege sichergestellt sein. Das ÖV-Angebot muss kostenlos, abdeckend gestaltet und für Menschen mit Behinderungen vollkommen zugänglich sein. Um all dies gewährleisten zu können, muss das bisher halböffentliche Unternehmen Bernmobil demokratisiert werden. Bei der Raumplanung müssen Wege zwischen Wohnort, Arbeitsort, Erholungszonen und Einkaufsmöglichkeiten reduziert und nicht-männliche Bewegungsmuster berücksichtigt werden. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Die Demokratisierung von Bernmobil;
- Eine autofreie Stadt und den schnelleren Rückbau von Parkplätzen für Umnutzung;
- Eine bessere Förderung des Velo- und Fussverkehrs inklusive kostenloser Veloausleihe;
- Kostenloser ÖV für alle, mindestens aber für Jugendliche bis 24 und Inhaber*innen einer *SocialCard*;
- Die Abschaffung der Ticket-Kontrollen im öffentlichen Verkehr;
- Die konsequente und schnelle Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes.

Stadtklima

Mit der zunehmenden Erderwärmung steigen auch insbesondere die Temperaturen in der Innenstadt. Um das Stadtklima möglichst angenehm für alle zu gestalten und insbesondere vulnerable Gruppen vor unzumutbarer Hitze zu schützen, müssen aktiv Massnahmen gegen lokale Extremtemperaturen getroffen werden. Deshalb fordern wir als JUSO:

- Die vermehrte Entsiegelung der Böden;
- Eine fortschreitende Begrünung der Stadt;
- Die Bereitstellung ausreichend frei zugänglichen Trinkwassers;

- Grüne und barrierefreie Begegnungszonen ohne Konsumzwang, die unter der Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse gestaltet werden.